

Wissenschaftsstadt Berlin.

Hochschulen und Forschung im Vereinigungsprozeß

Von Barbara Riedmüller

Berlin, Juni 1998

(publiziert in: Süß, Werner (Hrsg.): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Berlin, 1999)

Inhalt

1. Einleitung
2. Wissenschaft im Prozeß der Herstellung der Einheit
 - 2.1. Wissenschaft im Einigungsvertrag
 - 2.2. Umstrukturierung und Abwicklung
 - 2.3. Partielle Reformen
3. Bestandsaufnahme der Hochschulen in Berlin
 - 3.1. Universitäten und Politik nach 1945
 - 3.2. Hochschulen in den 90er Jahren
 - 3.3. Finanzkrise und die verpaßten Chancen
 - 3.4. Hochschulreformen und die neue Nützlichkeit
4. Forschungsstandort Berlin
 - 4.1. Forschungspolitik in Berlin
 - 4.2. Berlin-Brandenburg: Eine Chance für die Zukunft
5. Auf der Suche nach Akteuren der Reform

Literatur

1. Einleitung

Berlins gegenwärtige Funktion als Wissenschaftsstadt ist gezeichnet von der deutschen Teilung. Im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen deshalb deren Einfluß auf die Entwicklung der Universitäten und Forschungseinrichtungen und die besonderen politischen Herausforderungen, die sich daraus seit 1990 für die Herstellung der Wissenschaftseinheit in Berlin ergeben. Die materiellen Belastungen, die mit der Einheit der Stadt entstanden sind, sind heute noch nicht überwunden. Die gegenwärtige angespannte Haushaltslage des Landes Berlins drückt vor allem auf die Hochschulen. Sieht man diese Tatsache vor dem Hintergrund einer national verkündeten Krise der Universität, so ist abzusehen, daß sich die Berliner Hochschullandschaft grundlegend verändern wird. Hier geht es nicht nur um die Darstellung des Abbaus von Kapazitäten, der in Berlin alle hohen Erwartungen an die neue Hauptstadtfunction zunichte macht, zu reden ist auch vom Wettbewerb, von neuen Herausforderungen einer Wissensgesellschaft, die schnelle und praxisnahe Qualifikationen erfordert. Diese Beschwörung der Nützlichkeit der Forschung gilt nicht nur den Universitäten, sie stellt auch die hochschulexternen Forschungseinrichtungen unter Erfolgszwang. Aber für die Universitäten bedeutet mehr Wettbewerb und mehr Effizienz angesichts knapper Finanzmittel die Preisgabe der Universitätsidee, die unter Wissen eben nicht nur anwendbare Qualifikation versteht, sondern den universellen Wissensbestand einer Gesellschaft¹. Aufgrund dieses Umbruchs wird im folgenden den Hochschulen mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem großen Potential an Forschungseinrichtungen, die letztlich den Auszug der Forschung aus den Universitäten auffangen werden. Der Forschungsstandort Berlin eröffnet die große Chance, neue Wege der Technologie- und Wirtschaftspolitik zu gehen. Damit sind auch neue Wege der politischen Steuerung verbunden, die in Berlin noch nicht gefunden sind, aber mit der Hauptstadtfunction eingeklagt werden.

2. Wissenschaft im Prozeß der Herstellung der Einheit

2.1. Wissenschaft im Einigungsvertrag

Mit der deutschen Einheit beginnt in Berlin die Phase einer Zusammenführung und Neuordnung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Maßgebliche Weichen stellt der sogenannte Einigungsvertrag². Dort heißt es im Artikel 38 - Wissenschaft und Forschung:

"(1) Wissenschaft und Forschung bilden auch im vereinten Deutschland wichtige Grundlagen für Staat und Gesellschaft. Der notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen in dem in Artikel 3 genannten Gebiet dient eine Begutachtung von öffentlich getragenen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat, die bis zum 31. Dezember 1991 abgeschlossen sein wird, wobei einzelne Ergebnisse schon vorher schrittweise umgesetzt werden sollen.

Die nachfolgenden Regelungen sollen diese Begutachtung ermöglichen sowie die Einpassung von Wissenschaft und Forschung in dem in Artikel 3 genannten Gebiet in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten."

Bezüglich der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik wird im Einigungsvertrag festgelegt, daß sie als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt wird. Von den letzteren bestanden diejenigen, die nicht vorher aufgelöst oder umgewandelt wurden, mit Übergangsfinanzierung von Bund und Ländern bis zum 31.12.1991 fort. Diese Regelung galt ebenfalls für die Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften sowie den nachgeordneten

wissenschaftlichen Einrichtungen des Ministeriums für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft.

Angestrebt wurde, Methoden und Programme der Forschungsförderung der Bundesrepublik Deutschland so schnell wie möglich auf das gesamte Bundesgebiet anwendbar zu machen, Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen Zugang zu laufenden Maßnahmen der Forschungsförderung zu ermöglichen und einzelne Förderungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung, die im Bereich der Bundesrepublik Deutschland terminlich schon abgeschlossen waren, für die neuen Länder noch zuzulassen. Schließlich erklärte der Einigungsvertrag den Forschungsrat der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Wirksamwerden von deren Beitritt als aufgelöst.

2.2. Umstrukturierung und Abwicklung

In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag standen die Universitäten und Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR zur Disposition. Mit dem Inkrafttreten der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 sollten alle wissenschaftlichen Einrichtungen des Ostteils in die Zuständigkeit des Bundeslandes Berlin fallen. Wie auch in allen übrigen Rechtsbereichen erstreckte sich das Westberliner Landesrecht (Berliner Hochschulgesetz) und die einschlägigen Regelungen des Bundes (Hochschulrahmengesetz, Hochschulbauförderungsgesetz, Beamtengesetz u.a.) zum 3. Oktober 1990 auf den Ostteil der Stadt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich eine Vielfalt von Austauschbeziehungen und Begegnungen zwischen den Einrichtungen entwickelt, die von Neugierde und Expansionslust geprägt waren und sich noch nicht in die spätere Finanznot hatten zwingen lassen. Doch von Anfang an war unübersehbar, daß nichts beim alten bleiben würde. Berlin nutzte die im Einigungsvertrag vorgesehene Möglichkeit der Abwicklung von Einrichtungen. Die Hochschule für Ökonomie (HfÖ) wurde 1990 geschlossen. Sie galt einerseits als "Kaderschmiede" der DDR, andererseits

hätte sie in der Hochschullandschaft der Bundesrepublik als Spezialhochschule keine Überlebenschance gehabt. Die Proteste der Studenten und Hochschullehrer begleiteten die Abwicklungsentscheidung des Berliner Senats. Die Entscheidung, die Humboldt Universität als selbständige Universität fortzuführen, war zwischen den Entscheidungsträgern unumstritten, eine Zusammenführung von FU im Westteil und HU im Ostteil der Stadt, wie sie inzwischen wieder diskutiert wird, wurde zu dieser Zeit aus organisatorischen und politischen Gründen verworfen. Auch der Wunsch der Partei Die Grünen, für die HU einen rechtlichen Sonderstatus für eine 5jährige Übergangsfrist zu gewähren, wurde in den Beratungen zur Rechtseinheit Berlins verworfen³.

So wurde die HU nach der Einheit ganz im institutionellen und fachlichen setting des westdeutschen Universitätssystems umstrukturiert, eine Anpassung, die heute vielfach kritisch betrachtet wird⁴. Doch auch diese Chance erhielt die ehemalige Akademie der Wissenschaften der DDR nicht. Die Geschichte ihrer Abwicklung (Anm.5) liest sich wie ein Krimi, deren Akteure das Ziel der Bestandserhaltung verfolgen. Artikel 38 Einigungsvertrag sah vor, daß die Akademie der Wissenschaften am 3. Oktober 1990 nicht mehr existieren würde, aber gleichzeitig die neuen Bundesländer noch nicht Träger der Forschungsinstitute sein würden, insofern sie für letztere keine Übernahmeverpflichtung abgeben wollten. Als Interimslösung wurde mitinitiiert von Berlin und mit Hilfe betroffener neuer Länder eine Auffanggesellschaft (Koordinierungs- und Aufbauinitiative KAI AdW e.V.) (Anm.6) gegründet, die später auch vom Bund mitgetragen wurde. Die Akademie-Institute wurden vor einer Neugründung vom Wissenschaftsrat begutachtet⁷. Auch diese Phase der Evaluierung ist hinreichend in den Veröffentlichungen des Wissenschaftsrates dokumentiert. Als unabhängiges Sachverständigengremium war der Wissenschaftsrat zum damaligen Zeitpunkt die einzige Instanz, der sich ernsthaft bemühte, den wissenschaftlichen Bestand zu bewahren. Denn der Bundeshaushalt für Forschung und Hochschulen mußte nun mit den neuen Bundesländern

geteilt werden. Es gab im Kern keine Mittelaufstockung im Bundeshaushalt. Die ehemalige Gelehrtenassozietät der DDR wurde laut Einigungsvertrag herausgetrennt und zusammen mit der Westberliner Akademie der Wissenschaften 1993 aufgelöst und als Berlin-Brandenburgische Akademie neu gegründet. Die Dramatik dieser Entscheidung wird deutlich, wenn man betrachtet, daß in den Instituten der Akademie ca. 20.000 Menschen beschäftigt waren, die Mehrzahl davon in Berlin und Umgebung. Das Personal der Akademie wurde via Abwicklungsstelle KAI bis zum 31.10.91 befristet, soweit die Einrichtungen nicht vorher aufgelöst waren. Unter dem Aspekt der Wissenschafts- und Forschungseinheit in der Bundesrepublik schien damals eine Rückführung der Forschung in die Universitäten angemessen zu sein. Aus heutiger Sicht erweist sich dieses Ziel angesichts des stetigen Auszugs der Forschung aus den Universitäten als Ironie, zugleich drängt sich der Verdacht auf, die Kritik an der Trennung von Forschung und Lehre nach angeblich sowjetischem Vorbild sei nur ein Vorwand gewesen, einen großen Teil der Akademie-Institute der DDR abzuwickeln. Auch die Überprüfung der Qualität entsprach westlichen Gepflogenheiten, wenngleich der Umfang einmalig war. Für die Karriere der betroffenen Wissenschaftler hatte diese Entscheidung nachhaltige Folgen. Daran änderten auch die Überlebensversuche durch Integrationsprogramme an den Universitäten und Eingliederungshilfen im Rahmen der Arbeitsförderung durch die Bundesanstalt für Arbeit nichts. Nach der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat konnten einige Institute als sog. Blaue-Liste-Institute, die Bund/Länder-finanziert sind, weiter arbeiten doch für die Mehrzahl gab es keine institutionelle Chance. Insgesamt sind nur ein Drittel aller Wissenschaftler an Universitäten, Forschungseinrichtungen und vor allem in befristeten Arbeitsverhältnissen im Rahmen von Sonderprogrammen beschäftigt worden

2.3. Partielle Reformen

Die Herstellung der Wissenschaftseinheit in Berlin steht ganz im Bemühen, die Qualitätsstandards zum Maßstab der Fortführung und Neugründung von Wissenschaftseinrichtungen zu machen, aber es darf nicht übersehen werden, daß das Land Berlin, unter finanziellen Zwängen stehend, eine Übernahme auch politisch nicht belasteter qualifizierter Wissenschaftler/innen der ehemaligen DDR abgelehnt hat. Es wäre aber falsch, die Probleme der Herstellung der Wissenschaftseinheit in Deutschland nur unter sozialen Aspekten zu thematisieren. "Die Rolle der Wissenschaft in der DDR hat, allen bisherigen Analysen folgend, eine besondere Nähe zur politischen Führung und zu politischen Systemerfordernissen gehabt. Dies gilt nicht nur für die traurige Rolle des Marxismus-Leninismus an den Hochschulen der DDR. Die Anpassung an die Vorgaben des Systems der Bundesrepublik hat sicher mit dazu beigetragen, daß nach der Wende kein Anlaß und keine Lust zu Reformen bestanden hat. Schnell wurde in das alte Gewand der Deutschen Universitätsgeschichte geschlüpft, die Einsicht in die Notwendigkeit von Hochschulreformen, die u.a. der Wissenschaftsrat bereits vor 1990 einforderte, wurde im großen und ganzen nicht geteilt."⁸. Wenn heute an der Politik der deutschen Einheit kritisiert wird, daß z.B. nur Westmodelle übernommen worden seien, so ist dies auch eine Konsequenz eines Zusammenspiels derjenigen Experten im Westen, die ihr Modell für das bessere hielten und derjenigen Professoren in Ostdeutschland, die keine Initiative zur Reform ergriffen. Der Aufbau der Universitäten in den neuen Bundesländern, der von einem umfangreichen Expertentum des Wissenschaftsrates so wie eigens eingerichteter Landesstrukturkommissionen und Hochschulkommissionen begleitet wurde, konnte in dieser Atmosphäre vom Bemühen um Rettung bewährter Strukturen einerseits, von fehlendem persönlichen Engagement andererseits wenig profitieren. In Berlin kam es daher sehr schnell zu konkurrierenden Interessenlagen zwischen der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität, den Kunsthochschulen in Ost und West und z.T. den Fachhochschulen. Die Chance für Reformen der Fächer und Fachgrenzen

wurde nur in Einzelfällen genutzt. Diese Interessenlagen wurden auch von der schwachen Finanzlage des Landes diktiert und sie konnten aufgrund einer politischen Untersteuerung, was Strukturentscheidungen nach 1990 anbelangt, nicht übernommen werden.

3. Bestandsaufnahme der Hochschulen in Berlin

3.1 Universitäten und Politik nach 1945

Berlins Universitäten sind immer in hohem Maße mit dem politischen Geschehen der Stadt verbunden gewesen. Glanz und Gloria der 20er Jahre, die weltberühmte Wissenschaft und viele klingende Namen waren zuerst im Nationalsozialismus verloschen oder wurden nach 1945 in den Sog des "Kalten Krieges" gezogen. Aus der Geschichte der Berliner Universitäten lassen sich noch heute Urteile und Vorurteile sowie strukturelle und fachliche Besonderheiten erklären. Höchst wechselvoll ist die Geschichte der Technischen Universität Berlin. Ihre Vorläufereinrichtung, die Königliche Technische Hochschule, entstand durch Zusammenlegung der 1799 gegründeten Bauakademie mit der 1821 gegründeten Gewerbeakademie, in die dann 1916 Berlins älteste technische Ausbildungsstätte, die 1770 gegründete Bergakademie eingegliedert wurde. 1899 erhielt die TU das Promotionsrecht und damit volle akademische Gleichstellung mit der Universität. Schon vor 1933 war die inzwischen führende technische Hochschule Deutschlands zur Hochburg der Nationalsozialisten geworden. Nicht nur die Zerstörung durch Bomben machte einen Neuanfang unumgänglich. Aus ihrer Geschichte zog sie bei der Neugründung im Jahr 1946, von nun an bis zur Übernahme durch den Magistrat im Jahr 1949 von der Britischen Militärregierung finanziert, inhaltliche Konsequenzen und gab sich den Namen Technische Universität, was über die technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen hinaus eine Verpflichtung auf ein humanistisches Bildungsziel bedeutete. Bis heute

ist die Repräsentanz geisteswissenschaftlicher Fächer an der TUB auffallend stark.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stand und steht im Wechselbad zwischen Liebe und Kritik die Freie Universität Berlin. Die Gründung der Freien Universität Berlin auf Initiative von Studenten der damaligen Linden-Universität und mit Unterstützung der Amerikaner gibt Zeugnis von der besonderen Politisierung der Universität im Kampf der Ideologien. Die Gründung der Freien Universität Berlin entspringt dem Konflikt der politischen Mächte der geteilten Stadt, sie hat ihren Ursprung in der Auseinandersetzung um die Berliner Universität Unter den Linden, die mehr und mehr in die Abhängigkeit der sowjetischen Machthaber gerät. Die 1810 eröffnete Berliner Universität, 1828 in Friedrich-Wilhelms-Universität umbenannt, hatte während des II. Weltkriegs nur sehr eingeschränkt lehren können. Die offizielle Neueröffnung im Januar 1946 fand unter dem neuen Namen Universität Berlin statt. Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wurde sie entgegen anderslautenden Vereinbarungen der Zentralverwaltung für Volksbildung unterstellt, 1949 in Humboldt-Universität Berlin umbenannt und in eine marxistisch-leninistisch orientierte Universität umgestaltet.

Der Konflikt entsteht an der Universität unter den Linden anlässlich der Selektion, Bevormundung und Bespitzelung von Studenten. Er endet in Verhaftung und Relegationen von drei Studenten und wird Anlaß zur Gründung der Freien Universität unter dem Schutz der Amerikaner. Die Gründung 1949 wird also nicht nur von den Umständen des Kalten Krieges und der ideologischen Kämpfe beeinflusst, sondern auch von einer in Naziherrschaft und Krieg geprägten kritischen Studentenschaft, die ein hohes Niveau an Engagement in die Universität einbrachte. Die Nähe zur Politik - Ernst Reuter war Gründungsmitglied der Universität - war für ihren weiteren Ausbau gewiß mitprägend.

In seiner Dokumentation zur Gründung der Freien Universität faßt James Tent⁹ zusammen: "Ursprünglich als eine Hochschule gedacht, die frei von ideologischen Zwängen und politischen Fraktionskämpfen sein sollte,

mußte die neue Universität von Anfang an erkennen, daß es ihr auch nicht annähernd vergönnt war, eine solche Insel der seligen Wissenschaft zu bieten. Im Gegenteil: An der Freien Universität herrschte von allem Anfang an ein intensiv geführtes politisches Klima mit heftigen Barometerausschlägen vom unversöhnlichen Antikommunismus der Jahre nach 45 bis hin zu wachsenden Protesten einiger anfänglich sehr kleiner Studentengruppen gegen die fortbestehenden Ost-West-Spannungen, die westdeutsche Wiederbewaffnung, das atomare Wettrüsten u.ä. m. nach 1955 und schließlich wieder zurück zu Anklängen an die Kalte-Kriegs-Mentalität, als Nikita Chruschow im November 1958 die zweite Berlin-Krise vom Zaun brach, die im August 1961 im Bau der Mauer kulminierte".

1962 war die FU eine Universität mit 14 Tausend Studenten, bis 1976 expandierte sie zu einer Massenuniversität mit 40 Tausend Studierenden. Die einstige Modelluniversität war zu einem politisch hoch institutionalisierten Gebilde geworden. Nun gerät die FU in das Dickicht der Subventionierung, das 1961 mit dem Mauerbau an Bedeutung zunahm. Beispielhaft sei hier das Klinikum Steglitz erwähnt, das neben anderen Stiftungen mit über 60 Mio. Dollar ausgebaut wurde. Der Ausbau der FU wurde ein Anliegen der westlichen Politik in Berlin.

Die Studentenbewegung von 1968 stellt die große Zäsur in dieser Politik dar und prägt künftig die Außenwahrnehmung der Freien Universität Berlin. Es ist hier nicht der Ort, um über die Ursachen der Studentenbewegung zu schreiben, aber für die weitere Entwicklung spielt die politische Rolle der Studentenschaft, die Kritik an der atomaren Rüstung, die Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg und zuletzt gegen autoritäre Herrschaftsstrukturen¹⁰ auch an den Universitäten eine entscheidende Rolle. Die Berliner Hochschule war in diesem Sog der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eine wichtige Kraft und behielt diese Rolle bis zum Zeitpunkt der deutschen Einheit. Parallel dazu war im Nachhall von 1968 die Berliner Hochschulpolitik lange Zeit durch die Enttäuschung über eine links-politische Studentenschaft geprägt, die durch ihren Kampf für die Demokratisierung der Hochschule sich gleichzeitig gegen die etablierten

politischen Institutionen richtete. Als Berliner Phänomen erwies sich, daß viele Berliner Politiker, obwohl sie an der FU studiert hatten, in ihrer Politikerkarriere keinen positiven Bezug zu ihrer akademischen Herkunft herstellten, sondern die alten Grabenkämpfe zwischen Politik und Wissenschaft fortsetzten.

3.2. Hochschulen in den 90er Jahren

Am Hochschulstandort Berlin wirken drei Universitäten: die Freie Universität (FU) die Humboldt-Universität (HU) und die Technische Universität (TU). Es gibt vier künstlerische Hochschulen; die Hochschule der Künste (HdK), die Hochschule für Musik, die Hochschule für Schauspielkunst und die im Ostteil Berlins gelegene Kunsthochschule Weißensee. Zu den Fachhochschulen gehören die Technische Fachhochschule, die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, die Fachhochschule für Wirtschaft, die Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die Evangelische und Katholische Fachhochschule, die Fachhochschule der Deutschen Bundespost wurde in die Fachhochschule für Wirtschaft und Technik integriert, die Fachhochschule Verwaltung und Rechtspflege, sowie die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Fachbereich Sozialverwaltung. Als internationale Einrichtung mit Sitz in Berlin ist die Europäische Wirtschaftshochschule (Paris, Oxford, Madrid) zu erwähnen. Zudem hat das Land Berlin 1997 eine Berufsakademie gegründet, die einen wirtschaftsnahen Bildungsabschluß bieten soll.

Dazu folgender Überblick über Hochschulen und Studentenzahlen:

**Studierende an den Hochschulen in Berlin sowie im Bundesgebiet
1990 bis 1996**

	1990	1993	1996*
Freie Universität	59 021	59 529	43 735
Technische Universität	34 011	38 322	34 030
Humboldt Universität	18 687	22 403	29 994
Kirchliche Hochschule	513	-	-
Europäische Wirtschaftshochschule	110	124	130
Wissenschaftliche Hochschulen	112 342	120 388	107 889
Hochschule der Künste	4 852	6 010	4 854
Kunsthochschule	262	398	512
Hochschule für Musik	755	660	785
Hochschule für Schauspielkunst	186	179	182
Künstlerische Hochschulen	6 055	7 247	6 333
Technische Fachhochschule	7 190	7 804	6 396
Fachhochschule für Wirtschaft	1 868	2 686	2 817
Fachhochschule für Technik und Wirtschaft	3 045	5 084	6 592
Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik	934	1 118	1 305
Evangelische Fachhochschule	555	557	667
Katholische Fachhochschule	-	466	583
Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	1 701	2 889	2 846
Fachhochschule der Deutschen Bundespost TELEKOM	544	572	283
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	1 240	2 239	1 772
Fachhochschulen	17 077	23 415	23 261
Hochschulen insgesamt, Berlin	135 474	151 050	137 483
Hochschulen, Bundesgebiet	1 712 608	1 867 264	1 827 274

vorläufige Zahlen

Quelle:¹¹

(Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 13/2133 -
Vorlage über Hochschulstandort Berlin im Jahre 2000)

Mit 16 Hochschulen hat Berlin eine für die Bundesrepublik einmalige Dichte. In Studentenzahlen ausgedrückt waren im Wintersemester 96/97 an allen Hochschulen Berlins einschließlich der Berufsakademie 137.483 Studierende eingeschrieben.

In Beschäftigtenzahlen ausgedrückt, arbeiten an den Hochschulen Berlins 1995 rund 38 Tausend Menschen, davon sind rund 13 Tausend wissenschaftliches Personal und 25.000 nichtwissenschaftliches Personal; 8 Tausend entfallen auf die Kliniken.

Nicht unerwähnt soll sein, daß in den Berliner Hochschulen für die Stadt wichtige Qualifikationen produziert werden und damit die Hochschulen einen wesentlichen Beitrag zur ökonomischen Entwicklung der Stadt leisten. Meßbar ist dieser Faktor allerdings eher schwach, und angesichts der Sparnot der Stadt werden die Studierenden und Beschäftigten beide oft leichtfertig als Kostgänger und nicht als Produktivfaktor interpretiert.

Diese Größenordnung läßt erahnen, welche Dramatik die Entscheidung der Landesregierung Berlins hat, die Studienplätze bis zum Jahr 2000 auf 85 Tausend zu begrenzen. Nach einer Phase, in der die Studienanfängerzahlen in Berlin leicht rückgängig gewesen sind, hat sich seit 1995 dieser Trend erneut umgekehrt, die Studentenzahlen nehmen wieder zu. Die hohe Attraktivität der Berliner Hochschulen zeigt sich auch darin, daß 40% der Studierenden von außerhalb Berlins kommen. 17,9% der Studierenden sind Ausländer/innen einschließlich im Inland lebende Ausländer. Das ist mehr als in anderen deutschen Hochschulen mit durchschnittlich 7,9%. Berlin hat im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet einen höheren Anteil an weiblichen Studierenden mit 47,5% gegenüber 41,8% im Bundesdurchschnitt. Spitzenreiter sind die HU mit 55,3,% Frauenanteil und die FU mit 53,5%. Der Anteil der weiblichen Wissenschaftler ist hingegen viel geringer: Insgesamt sind in Berlin 29,6% der beschäftigten Wissenschaftler weiblich, als Professorinnen lehren aber nur 9,5%.

Interessant ist auch, daß an den beiden großen Universitäten FU und HU die Sprach- und Kulturwissenschaften den ersten Platz der Fächerwahl

einnehmend zwar an der FU mit beinahe 17000 Studierenden, an der HU mit ca. 6000 Studenten. Es ist vielleicht eine besondere Berliner Entwicklung, daß auch an der Technischen Universität die nichttechnischen Fächer fast ein Drittel der Studienfächer ausmachen, an der Spitze davon stehen die Sprach- und Kulturwissenschaften im Kontext der Lehrerbildung.

Nachfolgende Tabelle gibt einen differenzierten Überblick über die Verteilung nach Hochschulen und Fächergruppen:

**Studierende nach Hochschulen und Fächergruppen
1990 bis 1996**

	1990	1993	1996*
Freie Universität	59 021	59 529	43 735
Sprach- und Kulturwissenschaften	23 059	22 862	16 651
Sport	1 091	1 136	910
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	14 683	14 717	11 381
Mathematik, Naturwissenschaften	8 045	8 149	6 593
Medizin	6 951	6 584	3 605
Zahnmedizin	1 160	1 164	533
Veterinärmedizin	1 495	2 022	1 733
Kunstwissenschaften	2 537	2 895	2 329
Technische Universität	34 011	38 332	30 030
Sprach- und Kulturwissenschaften	4 287	6 349	6 220
Rechts-, Wirtschafts und Sozialwissenschaften	5 944	7 091	6 684
Mathematik, Naturwissenschaften	7 253	8 268	6 736
Agrar, Ernährungswissenschaften	2 355	2 142	1 893
Ingenieurwissenschaften	13 322	13 558	11 752
Kunstwissenschaften	850	924	745
Humboldt-Universität	18 687	22 403	29 994
Sprach- und Kulturwissenschaften	-	8 828	12 581
Sport	-	486	550
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	-	4 676	6 088
Mathematik, Naturwissenschaften	-	3 058	3 408
Agrar-, Ernährungswissenschaften	-	1 034	1 205
Medizin	-	2 600	4 302
Zahnmedizin	-	368	671
Veterinärmedizin	-	-	-
Ingenieurwissenschaften	-	581	93
Kunstwissenschaften--	-	772	1 096
Ohne Angabe	-	-	-
Technische Fachhochschule	7 190	7 804	6 396
Wirtschaftswissenschaften	470	637	703
Mathematik, Naturwissenschaften	1 767	1 454	1 115
Agrar-, Ernährungswissenschaften	817	651	524
Ingenieurwissenschaften	4 136	5 062	4 054
Fachhochschule für Technik und Wirtschaft	3 045	5 084	6 592
Sprach- und Kulturwissenschaften	-	19	519
Wirtschaftswissenschaften	-	2 206	2 740
Mathematik, Naturwissenschaften	-	728	841
Ingenieurwissenschaften	-	1 943	2 049
Kunst	-	188	443

*vorläufige Zahlen

Durch gesetzliche Regelungen - Fusionsgesetz, Zahnmedizingesetz und Universitätsmedizingesetz - sind die Angaben in der Veterinärmedizin ab 1992 und in der Zahnmedizin und Medizin ab 1995 weitgehend bestimmt.

Neben der Entwicklung der Studienanfängerzahl sind die Studiendauer und Verweilzeit weitere Einflußgrößen auf die Zahl der Studierenden. Aus der folgenden Übersicht ist der Anteil der Studierenden in höheren Semestern zu ersehen, wobei jeweils die Grenzwerte in dem Zeitraum für 1990 bis 1995 angegeben sind:

Quelle:¹¹ (Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 13/2133 -Vorlage über Hochschulstandort Berlin im Jahre 2000)

An der Verteilung der Studierenden über die Berliner Hochschulen ist auch erkennbar, daß die Humboldt-Universität vor allem im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Entlastung der Freien Universität beigetragen hat. Dies ist deswegen von Interesse, weil politische Vorgaben, Doppelangebote im Fächerspektrum abzubauen, auf die tatsächlichen Studentenzahlen keinen Einfluß haben werden, es sei denn, es wird ein rigoroser Numerus Clausus eingeführt. Dies würde aber auf Kosten der überregionalen Attraktivität des Hochschulstandorts Berlin gehen und den Wissenschaftsstandort Berlin regional auf das Niveau der Provinz herunterdrücken.

In der hochschulpolitischen Diskussion spielt auch die Studiendauer eine bedeutende Rolle, nicht nur, weil die Wirtschaft junge Absolventen begehrt¹², sondern auch, weil deutsche Absolventen im europäischen Vergleich überdurchschnittlich alt sind und dies von Wirtschaft und Politik als Wettbewerbsnachteil interpretiert wird. Auch hier zeigt sich innerhalb Berlins ein Ost-West-Gefälle, das noch an die Wirklichkeit der kurzen Studienzeiten der ehemaligen DDR erinnert, denn an der FU wird im Durchschnitt 6,7 Jahre, an der TU 7,2 Jahre studiert, wohingegen an der Humboldt-Universität die Studiendauer 1994 noch bei 4,8 Jahren lag. Neue Entwicklungen deuten allerdings auch an der Humboldt-Universität mit ihren bislang auffallend kurzen Studienzeiten auf einen Trend zur Westberliner Tradition hin.

Für die weitere Entwicklung der Berliner Hochschulen dürfte der Bestand an wissenschaftlichem Personal zentral sein, denn die Attraktivität der Berliner Hochschulen lag vor allem in ihrem differenzierten Fächerangebot. An der FU sind aber von 1992 bis 1996 145 Professuren sowie ca. 250 Mittelbaustellen entfallen. An der Technischen Universität waren es 86 Professuren und 150 Mittelbaustellen, an der Humboldt Universität 86 Professuren und 150 Mittelbaustellen.

Nach der Fusion des Universitätsklinikums Rudolf Virchow im Wedding mit der Charité in Stadtmitte, beide nun der Humboldt-Universität angehörend, gibt es als zweites Universitätsklinikum in Berlin das Klinikum Benjamin Franklin, das der FU angehört. Aufgrund von Bettenabbau und

fusionsbedingten Einsparungen sind im Klinikbereich der Universitäten über 1000 Stellen weggefallen, doch ist der Prozeß der Neuordnung der Hochschulmedizin auch im Jahr 1998 noch nicht zu einem Abschluß gekommen.

Der Trend zum Abbau von Stellen wird über das Jahr 2000 fortgesetzt, denn die staatlichen Zuschüsse an die Universitäten werden kontinuierlich sinken. Sie betragen 1992 rund 2,4 Milliarden DM, 1995 gab es einen kleineren Anstieg trotz damals bereits verabschiedeter Sparvorgaben auf 2,7 Milliarden DM, 1997 fielen die Zuschüsse dann auf 2,5 Milliarden DM zurück. Bis zum Jahr 2000 werden von den Hochschulen weitere 853 Millionen DM Einsparungen verlangt, ab dem Jahre 2001 weitere 125 Millionen. Die größten Einsparungen erbringt die Freie Universität mit insgesamt 238 Millionen gegenüber der Technischen Universität mit 190 Millionen und der Humboldt-Universität mit 108 Millionen. Hier wird deutlich, daß mit der Einheit der Stadt sozusagen als historische Notwendigkeit eine Umverteilung der Finanzen stattgefunden hat. Aber betrachtet man, auf welchen Berechnungen diese Sparmaßnahmen basieren, so erhält die Zahl der Studienplätze eine objektive Maßordnung, die sie tatsächlich nicht hat und nicht haben kann. Denn tatsächlich ist in Berlin wie auch in anderen Bundesländern die Zahl der Studierenden nicht identisch mit dem Index Studienplatz. Freie Universität werden künftig 23 Tausend Studienplätze berechnet, der Technischen Universität 18400, der Humboldt-Universität 20 Tausend, weitere 25 Tausend Studienplätze werden den übrigen Berliner Hochschulen zugerechnet.

Aber vor allem die FU wird mit einer nachhaltigen Überlastquote zu rechnen haben.

Bei der Planung wird auch darüber hinweggegangen, daß das Verwaltungsgericht Berlin eine Festschreibung von 200 Studierenden pro Semester für das Fach Medizin an der Freien Universität abgelehnt hat. Unter Berufung auf das Grundrecht der Studierenden nach Art.12 GG haben sich die im Medizinbereich vorgenommenen Stellenkürzungen nicht auswirken können. Studierende haben auch demnach künftig große Chancen, sich gegen den Numerus Clausus in Berlin einzuklagen. Doch

liegt der eigentliche bildungspolitische Konflikt darin, daß auf der einen Seite durch Sparvorgaben die Studienbedingungen verschlechtert werden und daß auf der anderen Seite im Wettbewerb der Universitäten in Deutschland und Europa eben diese Bedingungen zum Maßstab von Qualität gemacht werden. Besonders gravierend wirkt sich der Abbau von Studienplatzkapazitäten an den Berliner Fachhochschulen aus. Denn bereits heute ist dort die Relation der Bewerber zu den verfügbaren Studienplätzen besonders ungünstig. Studenten weichen daher an die Universitäten aus, vorzugsweise in Sozialpädagogik und Betriebswirtschaftslehre. Das hochschulpolitische Ziel einer Differenzierung des Lehrangebots und des Ausbaus praxisbezogener Studiengänge wird durch diese Kapazitätspolitik zunichte gemacht. Dies ist aber nicht nur ein Berliner Problem, denn auch die anderen Bundesländer bleiben hinter ihrem Ziel, die Fachhochschulen auszubauen, zurück.

Die Auswirkungen, die die jetzigen Vorgaben des Berliner Senats auf den Hochschulstandort Berlin haben werden, sind quantitativ gesehen negativ zu bewerten, weil gemessen an der Nachfrage an Studienplätzen Berlin seine überregionale Bedeutung verlieren könnte. Es ist fraglich, ob angesichts der Strukturaufgaben der Hochschulen, die sich ganz mit dem Abbau befassen, die neuen internationalen, europäischen und Hauptstadtfunktionen angemessen erfüllt werden können. Vor allem wird die universitäre Forschung gefährdet. Der Senat selbst schreibt dazu: Angesichts der "Überlast" bei der Zahl der Studierenden, erhalten Fragen der Lehre zunehmend Gewicht zu Lasten der Forschung (Bericht S. 38). Damit verbunden ist auch die Gefährdung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Sind also die Hochschulen Berlins auf dem Weg, höhere Lehranstalten zu werden, die billig und in kurzer Zeit verwertbare Qualifikation herstellen? Mit diesem Druck auf die Universitäten, schnelle und anwendungsbezogene Qualifikationen herzustellen - und dieses Ziel wird von einer Mehrzahl der Studierenden befürwortet - ändert sich der soziale Charakter der Universität. Die Universität war verbunden mit der Reformphase der späten 60er Jahre auch ein Ort der Herstellung von Chancengleichheit und damit ein Ort des

Nachdenkens über gesellschaftliche Risiken. Man muß nicht die Humboldtsche Universitätsidee beschwören, um der Universität das Studium der sozialen und kulturellen Identität einer Gesellschaft aufzutragen. In Berlin kreuzt sich die Problematik, sozialer Brennpunkt zu sein, mit der neuen Funktion, Hauptstadt zu sein und gleichzeitig eine Rolle des Austausches mit Osteuropa zu übernehmen. Diese Aufgaben müssen sich auch in Forschung und Lehre der Berliner Hochschulen niederschlagen, die vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern einen besonderen regionalen Auftrag erhalten.

3.3. Finanzkrise und verpaßte Chancen

Das neue Bundesland Berlin geriet nach dem Absenken und späteren Wegfall der Subventionen durch den Bund zunehmend finanziell unter Druck; die Wissenschaftsstadt Berlin wird im Zuge der Sparmaßnahmen zu einem Abbau ihrer Kapazität gezwungen.

Nun würde niemand behaupten, daß die Qualität der Berliner Hochschulen allein von deren Quantität abhängt. Die Dramatik dieser Entwicklung liegt in der Planlosigkeit dieses Abbaus.

Nachdem 1993 ein Strukturplan festgelegt wurde, wird dieser 1997 wieder umgeworfen. Die Zielvorgabe war angesichts des wirtschaftlichen Drucks nicht mehr haltbar. In einem erneuten Beschluß sollen neben Kapazitätsabbau auch qualitative Reformziele umgesetzt werden. Die besondere Berliner Situation darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Haushaltsdefizit nicht allein Anlaß für eine Reform sein kann. Auch in anderen Bundesländern werden Sparprogramme umgesetzt, aber in Berlin wird aus einem Zentrum der Wissenschaft eine abgespeckte Hochschullandschaft, die den krisenhaften finanziellen Rahmenbedingungen entsprechen soll. Es existieren hinreichend Beispiele dafür, daß der Zwang zum Sparen auch Anlaß für Innovation, Reformideen und vor allem Entbürokratisierung bedeuten kann. Sparen legt Hand an

liebgewordene Gewohnheiten und verstaubte Institutionen, die in den Universitäten wie anderswo zu finden sind.

Gelingt anlässlich finanzieller Knappheit ein Reformkurs oder wird Althergebrachtes verteidigt? Von wem könnte der Reformkurs ausgehen? Welche Ziele werden verfolgt und welche Interessen setzen sich durch?

Die Berliner Situation wurde nach der Einheit von einer inneren und äußeren Einflußgröße bestimmt. Von innen wirken die spezifisch teilungsbedingte Politisierung der Universitäten und institutionelle Bestandsinteressen, von außen die veränderten, politischen ökonomischen und sozialen Anforderungen. Beide sind, verbunden mit den Folgen der deutschen Einheit, auch als europäische und internationale Herausforderungen an die Bildungspolitik zu interpretieren. Auch die Universitäten unterliegen einem Anpassungsdruck in Richtung auf diese veränderten Zukunftsaufgaben. Der neue Slogan lautet: mehr Wettbewerb und Konkurrenz der Wissensmärkte.

3.4. Hochschulreformen und die neue Nützlichkeit

Reformdiskussionen über das deutsche Universitätswesen gehören zum Wesen der Universität. Was ist neu an der gegenwärtigen Reformdiskussion? Die Stichworte sind bekannt: Internationaler Wettbewerb, technologische Innovation, Studienzeiten, Qualitätsstandards. Neu ist ein Ranking, das die deutschen Universitäten abwechselnd aus der Sicht der Abnehmer und der Studierenden in eine Rangordnung zwingt. Es ist natürlich gerechtfertigt, Qualitätsstandards an die Universitäten anzulegen, das Problem besteht in deren Begründung. Interessanterweise hat sich in Deutschland ein neuer Wertmaßstab verbreitet, der hier die "neue Nützlichkeit" genannt werden soll. Es wird nicht nach Bildung, sondern nach Marktwertorientierung der Hochschulen, ihrer Praxisbezüge und ihrer Beliebtheit gefragt. Die Berliner Universitäten schneiden in diesem Wettbewerb von Beliebtheit, Anerkennung und Anwendungsbezug eher schlecht ab. In einer Umfrage des Manager-Magazins¹³ belegte z.B. die

Technische Universität den 21. Platz. Auch im Hinblick auf Reputation liegen die Berliner Universitäten nicht vorn. Der Stern publizierte 1993 eine Umfrage unter Professoren im Hinblick auf Studiendauer, Ausstattung mit Personal etc. Dort erhielt die Humboldt-Universität, was die Studiendauer in Wirtschaftswissenschaften anbelangt, einen vorderen Platz 2. Auch der Spiegel¹⁴ beteiligte sich am Rankingspiel mit der schlichten Frage an Professoren, in welchen Fächern und an welcher Universität sie ihre Söhne und Töchter studieren lassen würden. Keine Berliner Universität lag insgesamt vorne, wenngleich es bei der fachlichen Reputation ein wenig besser aussah¹⁵. Interpretiert man dieses öffentliche Interesse am Marktwert einer Universität, so läßt sich auf einen gesteigerten Handlungsdruck der Universitäten und der Hochschulpolitik schließen, ihre Marktposition zu verbessern.

Tatsächlich aber sind schlechte Rankingergebnisse im Gegenzug geeignet, Sparmaßnahmen durch den Abbau von Studienplätzen zu begründen. Im Ranking drückt sich ohne Zweifel ein neues Wettbewerbsbewußtsein in der Gesellschaft aus, das die Wirklichkeit der staatlichen Bildungsveranstaltung an den Hochschulen grundlegend verändern könnte. Bildung soll marktgängig sein. Zwar versprach ein höherer Bildungsgrad immer auch den Zugang zu höheren gesellschaftlichen Positionen, aber durch den offenen Zugang zu den Universitäten wird die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft einerseits gelockert, andererseits konsequent in den internen Bildungsmarkt verlagert. Wer mitspielen will, muß noch besser, noch internationaler sein. Vom Wettbewerb der Hochschulen ist auch in der Berliner Hochschulpolitik die Rede. Mehr Wettbewerb und mehr Markt im Hochschulwesen würde aber konsequenterweise auch weniger Staat und mehr Eigenverantwortung bedeuten. Die Berliner Hochschulpolitik läßt sich angesichts eines rigiden Sparkurses nicht unter dem Stichwort „mehr Markt“ zusammenfassen. Die Frage nach Qualität durch Kostenargumente zu entscheiden, läßt eben nicht dem Markt den Vorrang, sondern will allein kurzfristige Einsparpotentiale freisetzen, und zu diesem Zwecke wird das Expertenurteil zur Qualitätsmessung herangezogen.

In Berlin besteht seit der Wende kein Mangel an Expertisen. In erster Linie hat der Wissenschaftsrat im Zuge der Einheit eine Fülle von Evaluationen durchgeführt und umfassende Berichte vorgelegt¹⁶. Dies betraf vor allem die Fortführung der ehemaligen Akademie-Institute der DDR¹⁷. Dann wurden einzelne Fächer evaluiert und Empfehlungen zur Humboldt-Universität und den Fachhochschulen ausgesprochen. Zum schwierigen Thema der Universitätsmedizin wurde eine eigene Expertenkommission des Wissenschaftsrats aktiv. Ein Gutachten zur Organisation der Universitäten der Berliner Hochschulen durch Prof. Ursprung aus Zürich wurde vorgelegt und einander ablösende Hochschulstrukturkommissionen initiiert. Die Zahl dieser Expertenurteile hat in Berlin wenig bis keinen Einfluß auf die tatsächliche Wissenschaftspolitik gehabt. Dies ist einerseits dem Umstand zu verdanken, daß Expertenkommissionen in Abhängigkeit von politischen Mehrheiten eingesetzt werden, andererseits, und dies wirkt noch schwerwiegender, der Tatsache, daß die Kurzfristigkeit politischer Entscheidungen dem Expertenurteil gradewegs davonläuft. Zuletzt wurde die Mathematik und die sogenannten Blaue-Liste-Institute (d.h. Bundesländer finanzierte hochschulexterne Forschungseinrichtungen) evaluiert. Im Zusammenspiel von Bund und Ländern wird aber der Wettbewerb um knappe Mittel auch die lokale Politik nicht unberührt lassen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat eine Dokumentation zum Bewilligungsvolumen von Graduiertenkollegs nach Hochschulen (???) in den Jahren 1991-1995 vorgelegt, in dem sie sogenannte Drittmittel im Verhältnis zum wissenschaftlichen Personal setzt. Die Berliner Hochschulen liegen im Bewilligungsvolumen vorne, fallen aber im Verhältnis zum vorhandenen Personal ab¹⁸. Aus diesem Ergebnis könnte die Berliner Finanzpolitik den Schluß ziehen, daß weniger Personal keinen Qualitätsverlust an den Hochschulen zur Folge hat. Gewiß ist, daß das politische Ziel einer Profilierung der Berliner Universitäten bei gleichzeitiger Sparpolitik eine immense Herausforderung an die politische Steuerung einerseits, an die Selbststeuerung der Universitäten andererseits darstellt.

Die große Herausforderung für die Berliner Hochschulen sind die Sparvorgaben, aber gleichzeitig die veränderten Bedingungen einer Wissensgesellschaft im internationalen Maßstab. Dieser Prozeß des Sparens wird mit einer neuen Terminologie der Schwerpunkt- und Profildbildung und im besonderen einer neuen Rolle des Staates selbst idealisiert. Die Politik begann diese Profildbildung mit der Vorgabe, Doppelangebote an Fächern abzubauen. Dieses Sparziel klingt vordergründig plausibel. Mit wenig Geld kann man sich eben nicht zwei gleiche Fächer in einer Stadt leisten. Für die Idee der Universität bedeutet diese Art der Schwerpunktbildung den Verlust an "universitas" und damit auch an allgemeiner Bildung. Dagegen läßt sich argumentieren, daß unter Kostengesichtspunkten die Universitäten, im besonderen die Freie Universität und die Humboldt-Universität, arbeitsteilig Fächer anbieten könnten. In diese Richtung hat es einige Ansätze dazu gegeben, z.B. bei den Regionalwissenschaften und bei interuniversitären Institutsbildungen. Zum Zweck dieser Profildbildung haben die Berliner Universitäten Strukturpläne vorgelegt, die im Kern eine Verkleinerung der Fächer und ansonsten nichts Neues bedeuten. 1998 wird der Wissenschaftsrat durch den Berliner Senat mit der Bewertung dieser Pläne erneut beauftragt. Aber hinter dieser Kulisse des Abbaus von Kapazitäten, die weit davon entfernt, ist neue Qualitätsstandards einzuführen, wird ein anderer Kampf ausgefochten. Es geht um das Verhältnis Staat und Hochschule. Das Haushaltsstrukturgesetz von 1996 führte eine "Experimentierklausel" ein, die den Hochschulen ermöglichte, ihre im Berliner Hochschulgesetz festgeschriebenen Leitungsstrukturen zu verändern. In Berlin werden die Hochschulen durch Kuratorien geleitet, die eine enge paritätische Verzahnung von Staat und Hochschule als dem obersten Organ bei gleichzeitiger Autonomie der inneruniversitären Entscheidungsorgane bedeuten.

Die drei großen Universitäten hatten viel Kraft in die Umgestaltung dieser Lenkungsstruktur gesetzt. Während die Humboldt-Universität das Kuratorium stärkte zu Ungunsten inneruniversitärer Gremien und damit näher an die Politik rückte, wollte die Freie Universität umgekehrt den

Einfluß des Staates schwächen und gleichzeitig die universitäre Leitung stärken, was auch die Berufungskompetenz einschloß. Aber weder die Politik noch die inneruniversitären Gremien wollten sich ihren Einfluß nehmen lassen. Daß die Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen zum Selbstblockierer der eigenen Reformen mutiert sind, weil jede der beteiligten Gruppen ihre Bestandsinteressen erhalten will, blieb in dieser Diskussion weitgehend im Hintergrund.

Die Technische Universität will allerdings dieses Problem durch interne Reformen, die sich mit Budgetierung und Qualitätsstandards befassen, zuerst lösen, stößt aber auf Widerstand der Gremien. Das Thema Verwaltungsreform, das in Berlin als großes politisches Ziel angekündigt wurde, blieb in den Universitäten weitgehend unterentwickelt. Eine Mittelvergabe durch interne Leistungsanreize und eine weitgehende Dezentralisierung von Entscheidungen ist zwar in Diskussion, aber hier gilt ähnliches wie für die Berliner Verwaltungsreform insgesamt, die Akteure der Reform sind zugleich die Betroffenen, die zudem fest in politische Lager eingebunden sind¹⁹. Eine solche innere Reform wäre aber notwendig, um den Wettbewerb durch Qualität bestehen zu können. Wenn der Staat sich einerseits an dieser Stelle zurückhält, gleichzeitig aber seinen Einfluß nicht zurücknimmt, kann eine solche Reform nicht gelingen. Die Folge davon ist, daß Sparmaßnahmen allein den Bestand schwächen und keine neuen Qualitätsstandards durchsetzbar sind. Ein neues Verhältnis von Staat und Hochschulen kündigt sich zaghaft in den sogenannten Hochschulverträgen an, die ein Budget festlegen und damit Planungssicherheit geben, wie in den Planungen über das Jahr 2000. Diese Verträge sollen über das Jahr 2000 hinaus verbindlich gelten, wobei einschränkend selbstverständlich die Haushaltslage und die Haushaltshoheit des Berliner Landesparlaments wirken können. Damit könnte in Zukunft erneut Unsicherheit über den Haushalt der Universitäten hereinbrechen.

Mit den Verträgen über finanzielle Zielvorgaben soll die Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Hochschulen gesichert werden. Im Vertrag gemäß Artikel II des Haushaltsstrukturgesetzes 1997 zwischen dem Land Berlin, vertreten durch den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, und

den Hochschulen, vertreten durch den Präsidenten, wird in der Präambel seitens der Hochschulen die Aufgabe des Landes, den Haushalt zu konsolidieren, und seitens des Landes die Notwendigkeit der Planungssicherung für die Hochschulen anerkannt. Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Berliner Hochschullandschaft national und international werden als Ziele Ausbau wettbewerbfähiger und wirtschaftlicher Leistungsstrukturen zur Weiterentwicklung der Berliner Hochschulen, Ausschöpfung von Rationalisierungsreserven, Entwicklung von Controllingmaßnahmen zur internen Ressourcensteuerung, Straffung und Effizienzsteigerung in der Lehre mit dem Ziel eines verbesserten und verkürzten Studiums bestimmt. Weitere Vereinbarungen gelten der Sicherung und Stärkung des Standortes Berlin auch im Rahmen der Weiterentwicklung der Europäischen Union, mithilfe des Erhalts und der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze in Schlüsselbereichen. Eine besondere Bedeutung wird der Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft zugemessen. Alle diese vertraglich fixierbaren Ziele sind im neuen Jargon von Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb formuliert, aber es werden keine Instrumente zur Umsetzung dieser Ziele entwickelt. Sie bleiben Appelle an die Universitäten und unausgesprochen, vielleicht auch unbewußt wird die Idee der Universität als Bildungsstätte und Qualifikationsstätte gleich mit verabschiedet.

4. Forschungsstandort Berlin

4.1. Forschungspolitik in Berlin

Die Erwartung an die Forschungspotentiale Berlins sind immer hoch und in der Zeit nach 1945 nie ganz erfüllt worden. Forschung und Entwicklung sollten die nach dem Krieg verlorengegangenen Entwicklungszentren der Industrie wie z.B. bei Siemens kompensieren. Dieser Verlust wurde politisch gesteuert durch die Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen und Blaue-Liste-Instituten, die Bund-Länder finanziert sind,

Landeseinrichtungen, Max-Planck-Institute, Fraunhofer-Institute und Bundeseinrichtungen. Insgesamt existieren in Berlin sechs Großforschungseinrichtungen mit ca. 2000 Mitarbeitern; eine ebensolche Größenordnung haben die Blaue-Liste-Einrichtungen. Demgegenüber haben Max-Planck-Institute und Institute der Fraunhofer Gesellschaft einen eher kleineren Mitarbeiterbestand. Die Bundeseinrichtungen werden zum Teil durch den Hauptstadtvertrag geschmälert²¹.

Folgende Tabelle enthält alle hochschulinternen Forschungseinrichtungen des Landes Berlin, die aber durch Doppelberufungen auch mit den Universitäten verbunden sind:

Das System der öffentlich finanzierten ausseruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin

Institution / Mitarbeiter 1998	Planstellen 1998	Mitarbeiter 1998
<i>Großforschungseinrichtungen:</i>		
Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLRT mit 4 Instituten)*	98	443
Gesellschaft fdr Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) mit 2 Instituten	72	258
Hahn-Meitner-Institut (HMI)	461	728
Max-Delbrück-Centrum (MDC)*	347	585
Max-Planck-Institut für Plasmaphysik	30	37
<i>Blaue-Liste-Einrichtungen:</i>		
Deutsches Bibliotheksinstitut (DBI)	112	153
Deutsches Institut für Wirtschaftsf. (DIW)	65	84
Fachinfozentrum Chemie (FIZ Chemie)	65	84
Forschungsverbund Berlin (FVB) - Trägerverein für acht aus der Akademie d. W. der DDR hervorragende Institute Ferdinand Braun-Institut* Forschungsinst.f. Molekulare Pharmakol.* Inst. f. Angew. Analysis u. Stochastik * Inst. f. Gewässerökol. u. Binnenfischerei* Institut für Kristallzüchtung* Inst. f. Zoo und Wildtierforschung* Max-Born-Inst. f nichtlineare Optik* Paul-Drude-Inst. f Festkörperelekt.*	662	1.062
Ges. f sozialw. Infrastrukt. Einr. (GESIS)*	12	12
Heinrich-Hertz-Institut (HHI)	175	339
I.f. Spektrochemie u. angew. Sopekt.*	18	19
Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)	144	265
<i>Sonstige Bund/Länder-Finanzierungen:</i>		
Institut f angew. Chemie (ACA)*	75	133
Berl. Brand. Akademie d. W./Progr.	120	130
Synchrotronstrahlungsquelle Bessy II, Adlershof	32	119
WissenschaftsKolleg Berlin	32	44
Inst. zur Erhalt. u. Modern. v. Bauwerk*		
<i>Landeseinrichtungen:</i>		
Berl.-Brand. Akad. d. W. (Grundh.)	58	61
Deutsch. Zentr. f. Rheumaforsch. (DRFZ)	33	67
Geisteswissenschaftl. Zentren (GWZ)*	34	29
Inst. f. Genbiol. Forsch. (IGF) Schering	2	2
Konrad-Zuse-Zentrum Berlin (ZIB)	83	157

Die mit * gekennzeichneten Einrichtungen sind nach der Wiedervereinigung in Zusammenfassung von Wissenschaftspotentialen der ehemaligen DDR, insbesondere der Akademie der Wissenschaften, neu entstanden.

Quellen: ²¹⁺²² Wirtschaftsplan 1998 der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur für die: Großforschungseinrichtungen, Blaue-Liste-Einrichtungen sowie Landeseinrichtungen
Außeruniversitäre Forschung in Berlin. Veröffentlichung der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung 1993
Forschungsbericht 1994 der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung

Berlin hat den Bundeszuschuß für Forschungseinrichtungen in der Vergangenheit auch dann genützt, wenn keine regionalen oder entwicklungspolitischen Innovationen mit dieser Einrichtung verbunden waren. Das bedeutet schlicht, das Geld aus Bonn wurde immer genommen. Der Erhalt von Forschungskapazitäten und Arbeitsplätzen war im gewissen Sinn immer Selbstläufer. Viele Jahre hat es in Berlin keine spezifische landespolitische Forschungspolitik gegeben, die wirtschaftliche und soziale Entwicklungspotentiale freigesetzt hätte. Ohnehin wurde die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung den Universitäten weitgehend überlassen. Auch die Wirtschaft beklagte die fehlenden Transfer- und Innovationspotentiale. Das Hahn-Meitner-Institut, das 1998 einen Mitarbeiterstand von 700 Personen hat, betreibt mit seinem Forschungsreaktor im wesentlichen Materialforschung. Der Forschungsreaktor selbst sorgte immer wieder für größere und kleine politische Konflikte. So stellte 1997 eine Expertengruppe im Auftrag des Bundes das Konzept und die Größenordnung des Instituts in Frage, gleichwohl bleibt die Materialforschung in Berlin ein wissenschaftlicher Forschungsschwerpunkt.

Geht man davon aus, daß die Wirkungszusammenhänge von Forschung und Entwicklung schwer markierbar sind und im Kern wirtschaftspolitische Ziele darstellen, dann wären zumindest fachliche Qualitätsstandards von Interesse, die sich an den Entwicklungsbedingungen des Industriestandorts messen lassen. Diese liegen aber für die bisher geförderten Forschungsinstitute nicht vor.

Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft²³ hat einen Index für die Topinstitute der deutschen Forschung vorgelegt, die nach Einfluß, Publikationen und deren fachliche Rezeption bewertet ist. Das Hahn-Meitner-Institut erscheint dort allein mit einem kleinen Forschungsfeld der Fotovoltaik. Diese Bewertung könnte Anlaß für eine wissenschaftspolitische Umsteuerung des Schwerpunkts Materialforschung sein. Dieser ist aber, solange er bundesfinanziert ist, unangetastet. Denn angesichts der Verluste des Industriestandorts Berlin lassen sich die Anforderungen an

anwendungsbezogene Forschungen immer schwieriger umsetzen. Es gibt kein Patentrezept. Ein Techniktransfer kann nur dort stattfinden, wo potente wirtschaftliche Kooperationspartner zu finden sind. Unter diesen Mangeln leider auch die anderen durch die Politik identifizierten Forschungsschwerpunkte:

- Informations- und Kommunikationstechnik
- Verkehrstechnik
- Medizintechnik
- Umwelttechnik
- Maschinenbau- und Anlagentechnik

Hand in Hand mit einem kontinuierlichen Verlust an industrieller Produktion - in den Jahren 1995-1997 gingen 10% an Industriearbeitsplätzen verloren - ging vor allem im Ostteil der Stadt auch ein Verlust an industrieller Forschung einher. Aufgrund dieser Entwicklung waren alle bisherigen Versuche zur Förderung des Techniktransfers eher wenig wirksam, auch wenn man bedenkt, daß zum Teil mangelnde Kooperation und Kommunikation für diesen mangelnden Transfer verantwortlich sind. Berlin hat dieses Instrument des Transfers zwar sehr früh entwickelt, hat hier durchaus Pionierfunktion, auch weil die Berliner Industrie schon vorher einen Rationalisierungsrückstand zum übrigen Bundesgebiet aufweist, aber Kooperation und Kommunikation hängt im hohen Maße von personellen Ressourcen und Mentalitäten ab auf beiden Seiten. Zwischen den industriellen Anwendungsbedingungen der Herstellung von Wissen und deren Transfer herrscht nach wie vor eine Kluft, die durch politische Programme, die es reichlich gibt, kaum zu überwinden ist. Zwar existieren zu den Universitäten zahlreiche und erfolgreiche Kooperationen, auch das Transferinstrument der An-Institute zwischen Hochschulen und Industrie wurde vielfach genutzt, aber es findet keine Bündelung von Ressourcen in Schwerpunkten statt. Eine derartige strategische Steuerung erfordert aber auch eine Kooperation der beteiligten politischen und wirtschaftlichen Akteure, die nicht - wie häufig - angesichts knapper Finanzmittel untereinander in Konkurrenz treten. Auch könnte

angesichts künftiger Anforderungen an die Wissensgesellschaft die konkurrierende Vergabe von Mitteln zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungsfeldern, der geplante Abbau von Studienplätzen ein Rückschlag für Forschung und Technikentwicklung darstellen.

Nicht nur in Berlin hat eine Entwicklung zur Externalisierung der Forschung in außeruniversitäre Institute stattgefunden. Die Ironie ist, daß im Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit diese Trennung von Forschung und Lehre ein Argument gegen die Akademie-Institute der DDR gewesen ist. Diese Trennung war von der Idee einer effektiven Anwendung geleitet, die um die Jahrhundertwende in Berlin zur Gründung der Dahlemer Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft führte und nur bedingt als sowjetische Erfindung gelten kann. In der DDR hat die Trennung von Hochschulen und Forschung im Dienst staatlicher Planung bekanntlich nur bedingten Erfolg gehabt. Angesichts knapper Finanzausstattung der Universitäten könnte die Forschung nun ganz aus den Universitäten getrieben werden. Statt Studienplätze abzubauen, hat der Forschungsstandort Berlin umgekehrt einen höheren Bedarf an Qualifikation, denn im Vergleich zum Bundesgebiet ist das Qualifikationsniveau in Berlin zurückgeblieben²⁴. Im künftigen Wettbewerb der Regionen wird die Bündelung von qualifizierten Menschen, die Kooperation der Akteure und die Schwerpunktbildung entscheidend sein²⁵.

Berlin geht auch neue Wege. Fast aus der Not wurde am Standort Adlershof, an dem eine Anzahl von Akademie-Instituten der ehemaligen Akademie der DDR angesiedelt waren, nach der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat ein Wissenschafts- und Technologiezentrum gegründet. Die Erwartung an den Synergieeffekt in Richtung Ansiedlung von mittelständischen Firmen ist hoch. Noch überwiegen die staatlichen Finanzmittel. Vor allem die geplante Verlagerung der naturwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität soll den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof stärken. 1998 ist

mit dem Bau des Chemiegebäudes begonnen worden, insgesamt sollen für Neubauten 550 Millionen investiert werden, die zur Hälfte vom Bund und Land getragen werden.

In Berlin Buch entsteht ein Biomedizinischer Forschungscampus, der auch Gründerzentrum mittelständischer Firmen sein soll. Im Jahr 1998 haben sich 21 Betriebe angesiedelt. In direkter Kooperation zum Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin wird Grundlagenwissen umgesetzt. Berlin verspricht sich hier in Konkurrenz zu München eine Ansiedlung der Biotechnikbranche. Ein Vorteil des Standorts sind die vorhandenen klinischen Betten. Allerdings ist die von den Forschern favorisierte Einbeziehung des Klinikums Buch, die eine räumliche und organisatorische Nähe von Medizinwirtschaft und Wissenschaft leisten soll, noch umstritten. Diese beiden Projekte stehen auch für eine Forschungspolitik, die Grundlagenforschung und deren Anwendung durch Ansiedlung von oder Angründung von Firmen unterstützt, das heißt, von der Forschung selbst werden unmittelbare wirtschaftliche Effekte erwartet und auch koordiniert. Ob dies gelingt und mit welchen Folgen für die Grundlagenforschung, ist eine offene Frage.

Es ist wegen der Rolle Berlins als Hauptstadt und als eines europäischen Zentrums an der Schnittstelle zwischen Ost und West von großer Bedeutung, welche kulturellen und wissenschaftlichen Potentiale für die Profilierung dieser neuen Aufgabe eingesetzt werden. Bislang ist nicht erkennbar, wie Berlin sich für die Metropolenfunktion wissenschaftspolitisch profilieren will. Natürlich steht die Sorge um den Wirtschaftsstandort, die Finanzlage und den Arbeitsmarkt politisch im Vordergrund. Daher sind auch die Erwartungen an Techniktransfer und Gründerpotentiale im Zusammenhang mit naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung groß. Gleichzeitig formieren sich die fachlichen Interessen im Zeitgeist einer neuen Nützlichkeit, die am Weltmarkt erfolgreicher ist, als es die eher praxislosen Geistes- und Sozialwissenschaften sind. Auf die besondere Lage der Universitäten ist

angesichts der Sparpolitik des Berliner Senats bereits hingewiesen worden. Werden hier Hauptstadtpotentiale verschleudert? Die große Aufgabe, eine Zentrumsfunktion für Osteuropa darzustellen, ist weitgehend ungelöst. Als herausragende Einrichtung in der ansonsten eher wissenschaftlichen Branche sei hier auf das Wissenschaftskolleg Berlin verwiesen, das seit 1980 ein Ort internationaler Begegnung von Wissenschaftlern ist und durch ein Konzept fachübergreifender Forschung auch die Aufgabe der Integration osteuropäischer Wissenschaftler hervorragend erfüllt.

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft zeigt die Möglichkeiten, die Berlin durch Kooperation und Kommunikation internationalen Rangs haben könnte. Auch das interuniversitäre europäische Zentrum für Staatswissenschaft und Staatspraxis könnte eine solche internationale Rolle übernehmen. Das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) ist mit 265 Mitarbeitern ein qualifiziertes sozialwissenschaftliches Forschungspotential, das in Kooperation zu den Universitäten Berlin gut zu Gesicht steht.²⁵ Es hat mit seinem spezifischen sozialwissenschaftlichen Profil der Schwerpunkte: Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Technik - Arbeit - Umwelt - sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse, Marktprognose und Unternehmensentwicklung eine zeitnahe und regionalpolitisch relevante Profilierung. Aber Berlin setzt dieses Potential noch nicht ausreichend um, obwohl viele der Forscher qua Doppelprofessur mit den Berliner Universitäten verbunden sind. Das Zentrum besitzt hohe übernationale wissenschaftliche Reputation. Die neu gegründeten Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin leiden unter den ungeklärten Kooperationsfragen zu den Universitäten, haben aber, wie ihre Berichte zeigen, einen eigenständigen Forschungsbeitrag, der für eine Profilierung Berlins wichtig sein kann, geleistet²⁶. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)²⁷ kann für die künftige Hauptstadtfunktion eine wichtige Rolle spielen, die es bereits jetzt durch regionales Engagement hat. Aber eine gezielte Förderung internationaler Begegnung und der Austausch mit Osteuropa ist eher randständig geblieben. Die vorhandenen Potentiale des Austausches und der Begegnung auch der

Universitäten werden nicht für die neue Rolle Berlins nutzbar gemacht. Die Geistes- und Sozialwissenschaften bleiben in der Sicht der Politik Kostgänger des Landeshaushaltes. Ihre Orientierungs- und Kommunikationsfunktion wird im Zeitgeist der schnellen Verwertbarkeit vernachlässigt, obgleich sich zahlreiche Wissenschaftler für soziale und wissenschaftliche Probleme der Stadt engagieren.

4.2. Berlin-Brandenburg: Eine Chance für die Zukunft

Die Entwicklung Berlins wird künftig in hohem Maße von der Region abhängen. Denn einerseits pendeln 1998 täglich 200 000 Menschen vom Umland nach Berlin, andererseits wandern viele Menschen ins grüne Umland ab, wie es auch Abwanderungen einheimischer Betriebe gegeben hat. Die große Chance, ein gemeinsames Bundesland zu bilden, wurde 1995 vertan. Bei der zu diesem Zwecke durchgeführten Volksabstimmung stimmten die Berliner mehrheitlich dafür, die Brandenburger mehrheitlich dagegen. Die Fusion der beiden Länder hätte im Bereich Wissenschaft und Forschung eine immense Chance zur Neugliederung bedeutet. Denn ein regionaler Verbund von Forschung und Hochschuleinrichtungen hätte nicht nur die Potenzierung von Kapazitäten gebracht, sondern auch die Möglichkeit von inhaltlich begründeter Schwerpunktbildung und Arbeitsteilung. Aber bereits im Vorfeld der Abstimmung wurden an den neugegründeten Brandenburger Universitäten die Ängste vor dem Berliner Konkurrenten laut. Schnell wurden Besitzstandsforderungen gestellt, die dann auch im Fusionsstreit zwischen beiden Ländern in der Festschreibung von Studienplätzen erfüllt wurden.

Das neue Bundesland Brandenburg hatte nach der Wende drei Universitäten gegründet (Anm. 20). Die Potsdamer Hochschule für Lehrerbildung wurde zur allgemeinen Universität ausgebaut. Am Standort der ehemaligen Bauakademie in Cottbus wurde die Technische Universität Cottbus mit einem umweltwissenschaftlichen Schwerpunkt gegründet und in Frankfurt/Oder wurde die alte Universität Viadrina wiedergegründet, jetzt

als deutsch-polnische Kooperation mit den Schwerpunkten Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Kulturwissenschaft. Ein Drittel der Studierenden kommt aus Polen. Bestehende traditionsreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die am Telegrafenberg in Potsdam wurden als Max-Planck-Institute oder Blaue-Liste-Institute neu gegründet.

Dieser Versuch einer Profilbildung der Universitäten im engen Verbund mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen stellte bereits in der Aufbauphase die Brandenburger Universitäten vor eine Finanzierungskrise und verstärkte die Befürchtung, vom Berliner Moloch überrollt zu werden. Vor allem die Nähe der Universität Potsdams zur Freien Universität, sozusagen vor den Toren Berlins, legt eine fachspezifische Koordinierung z.B. bei der Lehrerbildung und auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nahe. Derartige Abstimmungen gelingen aber tatsächlich nur in Einzelfällen und sind immer begleitet von der Furcht vor erneutem Stellenabbau. Dies ist nicht ganz unberechtigt, da die Politik Arbeitsteilung ja eben unter dem Aspekt des Sparens verfolgt. Für die neugegründeten Fachhochschulen entwickelt sich zum Problem, daß die Studentenzahlen in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern dramatisch zurückgegangen sind. Neben dem personellen Austausch namentlich der Studenten ist noch zu erwähnen, daß ein großer Teil der in Brandenburg aktiven Professoren in Berlin lebt.

Die Kooperation beider Länder bringt auch dank des Engagements einzelner Personen „Orchideen“ hervor. Zu erwähnen ist das Einstein-Forum, das durch seine Tagungen bereits internationalen Ruf errungen hat. Die neugegründete Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften hingegen ist eher ein Stiefkind der Kooperation beider Länder. Mit ihrem Sitz in Berlin unter der Präsidentschaft des erfahrenen Wissenschaftsmanagers Dieter Simon müßte sie längst den Rang einer überregionalen Akademie haben, würde die Politik mitspielen. Ungeachtet ihrer Mittelausstattung blühen die Projekte und Veranstaltungen der Akademie. Fernab von den genannten institutionellen Eigeninteressen der Universitäten und Fachhochschulen des Landes entsteht eine fachbezogene

personenabhängige Forschungskooperation, die in den nächsten Jahren vermutlich ein immer dichteres Netz von Arbeitsbeziehungen zwischen den Berliner und den Brandenburger Einrichtungen entstehen läßt. Auf dieser Basis wird aus der Zweiländerpolitik vielleicht doch noch eine Forschungsregion, die sich zum Beispiel mit München messen lassen kann.

5. Auf der Suche nach Akteuren der Reform

Die Wissenschaftsstadt Berlin ist mit 16 Universitäten, die 15 Sonderforschungsbereiche und 16 Graduiertenkollegs vorweisen, sowie zahlreichen international anerkannten außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine der bedeutendsten Forschungsregionen Deutschlands. Sie hat auch die Chance, trotz der dargestellten Kapazitätsverlusten vorne zu liegen. Es ist ein Phänomen in Berlin, daß die Umstrukturierung im Hochschulbereich bei den beteiligten Akteuren vor allem als Verlust, nicht als Chance verstanden wird. Auch nach der Wende ist keine Aufbruchstimmung entstanden, denn die neu entstandene Konkurrenz in Berlin und mit anderen Wissenschaftsregionen hat sich zuerst in Strategien der Bestandssicherung niedergeschlagen, dann in vorsichtigen Reformvorschlägen. Die Zukunft ist offen.

In Berlin wie auch andernorts fehlen Akteure für eine bildungspolitische Reform. Die Universitäten können von sich aus nicht aus dem Schatten interner Verteilungskämpfe springen und die Politik hat die Rahmenbedingungen für Innovationen nicht geschaffen. In Berlin haben die Menschen in kurzer Zeit ein Wechselbad von Veränderungen erlebt. Auf die Freude über die Einheit folgte bald die Ernüchterung, daß der eigene Platz, die eigenen Interessen bedroht sein könnten. Dies ist in Ost und West gleichermaßen der Fall gewesen. Und dies gilt auch für die Berliner Hochschulen. Gleichzeitig arbeiten zahlreiche Wissenschaftler an den Herausforderungen der Zeit, bauen neue Strukturen auf und gründen neue Einrichtungen. Sie sind aber nicht tonangebend. Das Innovationspotential

dieser Stadt ist bedeutend, aber es findet keinen Eingang in den Prozeß der Umgestaltung und Reform. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Politik findet nicht statt. Dieser Mangel an Kommunikation hat in Berlin auch oben genannte historische Gründe, aber diese erklären nicht alles. Es kann an dieser Stelle keine Spurensuche in das politische Leben Berlins stattfinden, aber ein Hinweis ist erlaubt, der als Witz bei den Experten der Berliner Verwaltungsreform kursierte: Die Politik ist selber Teil des Problems, das sie zu lösen vorgibt.

Literaturliste

Berlin als Wissenschaftsstadt

Nr.

- 1 Mittelstrass, Jürgen, Forschung und Lehre – Das Ideal Humboldts heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/98, 3. April 1998, S. 3-11.
- 2 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag 1990. Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 104/S. 877-888, &. September 1990, Bonn.
- 3 Die Verhandlungen der Einheitsausschüsse der Berliner Parlamente. Herausgegeben von der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin. Mai bis November 1990. 3 Bände, Berlin 1990
- 4 Simon, Dieter, Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens. in: Christoph Führ / Karl-Ludwig Furck (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 6: 1945 bis zur Gegenwart., Beck, CH, 1998, S. 390-397
- 5 Mayntz, Renate, Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992, Frankfurt am Main 1994.
- 6 KAI-AdW, Entwicklung einer Abwicklung. 03.10.1990 – 31.12.1993, Akademie-Verlag, Berlin 1995.
- 7 Krull, Wilhelm, Neue Strukturen für Wissenschaft und Forschung. Ein Überblick über die Tätigkeit des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/92, 11. Dezember 1992, S. 205-214.
- 8 Simon, Dieter, Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft, in: Jürgen Kocka / Renate Mayntz (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung, Disziplinen im Umbruch, Akademie-Verlag. Berlin 1998, S. 510-523.
- 9 Tent, James F., Freie Universität Berlin, 1948 – 1988, eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, S. 204, Berlin 1988.
- 10 Friedeburg, Ludwig von, Freie Universität und politisches Potential der Studenten: Über die Entwicklung des Berliner Modells und über den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland. Neuwied - Berlin 1968.
- 11 Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 13/2133, Vorlage über den Hochschulstandort Berlin im Jahre 2000

- 12 Solga, Heike, Differenzierte Hochschulen. Ein Plädoyer für mehr Effizienz und Durchlässigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/98, 3.April 1998, S. 20-38
- 13 Fischer, Gabriele; Schwarzer, Ursula, Zurück in die Zukunft, in: Zeitschrift Manager-Magazin, Heft 12, 1992, 22. Jahrgang, 01.12.1992, S. 280 - 306
- 14 In der Masse untergehen. Der Professoren-Tip – Welche Uni hat den besten Ruf? in: Zeitschrift Der Spiegel, Heft 16, 1993, 47. Jahrgang, 19.04.1993, S. 98 - 101
- 15 Haltmeier, Hans, Aufruhr an den Unis, in: Zeitschrift Focus, 1997, Heft 25/97, 16. Juni 1997, S. 146 - 151
- 16 Wissenschaftsrat 1992a, Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil 1, Köln 1992.
- 17 Wissenschaftsrat 1992b, Wissenschaftsrat. Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, Köln 1992.
- 18 Senatsbericht 1997, Hochschulstandort Berlin – Eckdaten und Rahmenvorgaben für die Entwicklung und Struktur zu Beginn des nächsten Jahrhunderts. November 1997.
- 19 Wollmann, Helmut, Licht und Schatten des Berliner Verwaltungsreformprojektes, in Busch, Rolf (Hrsg.) Verwaltungsreform in Berlin. Zwischenbilanz, FU Referat Weiterbildung (Schriftenreihe), S. 3-30.
- 20 Empfehlungen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg. Bericht der brandenburgischen Landeskommision für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, April 1993.
- 21 Wirtschaftsplan der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, 1998.
- 22 Forschungsbericht der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, 1994.
- 23 Bild der Wissenschaft, Jahrgänge 5/93 – 6/94.
- 24 Statistisches Landesamt Berlin 1997; Statistisches Jahrbuch des Landes Berlin 1997.
- 25 Bericht Wissenschaftszentrum Berlin, hrsg. vom Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung Prof. Friedhelm Neidhardt, Berlin 1997

- 26 Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin, Jahresbericht 1997, hrsg. vom Vorstand der Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin
- 27 DIW Wochenbericht Nr. 8/1996 sowie DIW Wochenbericht Nr. 37/1996.